

Abordnung übergab Unterschriften an Politiker

VERKEHR Bürgerinitiative Eschlkam hofft auf baldige Erlösung vom internationalen Schwerlastverkehr.

ESCHLKAM. Eine Sammlung von insgesamt 1500 Unterschriften hat am Montag eine Delegation aus Eschlkam an Landrat Franz Löffler sowie die Abgeordneten MdB Karl Holmeier, MdL Gerhard Hopp und MdL Karl Vetter übergeben. Die Unterschriften richten sich gegen den internationalen Schwerlastverkehr am Grenzübergang Eschlkam-Vseruby auf den Staatsstraßen 2154 und 2140.

Die Eschlkamer Abordnung, vertreten durch Bürgermeister Josef Kammermeier sowie die Sprecher der Bürgerinitiative Helmut Hartl und Josef Altmann, schilderten eindringlich die Gefahren und Belastungen, denen vor allem die Großsaigner Bevölkerung durch den seit Jahren stetig steigenden Lkw-Verkehr ausgesetzt ist.

Eine Lösung erhoffe man sich durch die Sperrung der betroffenen Straßenabschnitte für den internationalen Transitverkehr. Eine Beschränkung auf den regionalen Schwerverkehr werde die Belastungen mindestens halbieren.

Landrat Löffler betonte, dass er die Lage „sehr gut“ kenne. So sei in der



Die Eschlkamer Delegation mit Josef Altmann, Bürgermeister Josef Kammermeier und Helmut Hartl bei der Übergabe der Unterschriften an Landrat Franz Löffler und die Abgeordneten Karl Vetter, Gerhard Hopp und Karl Holmeier (v. l.)
Foto: Landratsamt

Vergangenheit bereits eine Vielzahl von Gesprächen sowohl mit den Straßenbehörden wie auch mit der tschechischen Seite geführt worden, um zu einer Lösung zu kommen. Diese sei aber kurzfristig nicht möglich.

So erlaube das derzeitige Straßen-

verkehrsrecht, für dessen Vollzug das Landratsamt zuständig ist, keine Beschränkungen für Lastwagen bestimmter Herkunft. Hier sei eine gemeinsame Strategie mit dem Freistaat Bayern als zuständigem Straßenbaulastträger erforderlich. Diesbezüglich

werde der Landkreis einen Gesprächstermin mit der Obersten Baubehörde koordinieren, an welchem auch Gemeinde, Bürgerinitiative und Abgeordnete teilnehmen sollen.

Die Mandatsträger versprachen, sich bei den zuständigen Ministerien

mit Nachdruck für die Belange der Bürgerinitiative und der Gemeinde Eschlkam einzusetzen. Auf Seiten der Politik bestand übereinstimmend die Auffassung, dass langfristig nur der Bau von Ortsumgehungen zu einer dauerhaften Lösung beitragen könne.